

## Bremer Senat plant AfD-Verbot: Ein Schritt in die richtige Richtung!

Bremer Senat und Berliner SPD planen Verbotsverfahren gegen die AfD nach Einstufung als rechtsextrem. Diskutierte Maßnahmen und politische Reaktionen.



**Bremen, Deutschland** - Am heutigen 5. Mai 2025 wird die Diskussion um ein mögliches Verbot der Alternative für Deutschland (AfD) neu belebt. Der Bremer Senat, bestehend aus den Regierungsfractionen SPD, Grüne und Linke, plant, ein Verfahren zur Verbotsantragstellung gegen die AfD einzuleiten. Am Dienstag wird der Antrag in der Bremischen Bürgerschaft vorgestellt. Ziel ist es, den Bremer Senat dazu zu bewegen, auf Bundesebene ebenfalls für ein Verbotsverfahren zu werben, insbesondere im Dialog mit der neuen Bundesregierung.

Der Bremer SPD-Fraktionschef Mustafa Güngör fordert ein sofortiges Vorgehen und betont, dass die AfD, die vom Bundesamt für Verfassungsschutz als gesichert

rechtsextremistisch eingestuft wurde, gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung kämpft. Diese Einstufung gibt den Anstoß, über die rechtlichen Möglichkeiten zum Verbot der Partei nachzudenken. Laut dem Verfassungsschutz verfolgt die AfD Bestrebungen, die demokratische Grundordnung in Frage zu stellen, was eine Grundlage für einen Verbotsantrag darstellt, der vom Bundestag, Bundesrat oder der Bundesregierung eingereicht werden kann, wie die **Mopo** berichtet.

## **Bundesweite Initiativen und Forderungen**

Parallel zu den Entwicklungen in Bremen fordern auch der Berliner SPD-Landesvorstand und andere Bundesländer Vorbereitungen für ein AfD-Verbotsverfahren. Die SPD-Landesvorsitzende Nicola Böcker-Giannini hat erklärt, dass die Einstufung der AfD durch den Verfassungsschutz voraussichtlich einer gerichtlichen Prüfung unterzogen wird. Auch hier ist der Aufruf zur Einleitung einer Bundesratsinitiative zu hören, um einen rechtssicheren Parteiverbotsantrag zu stellen. Co-SPD-Landesvorsitzender Martin Hikel unterstreicht, dass die Ideologie der AfD nicht mit der demokratischen Grundordnung vereinbar sei.

Von Seiten der Union gibt es jedoch kritische Stimmen. Alexander Dobrindt (CSU) zeigt sich skeptisch gegenüber einem Verbot und betont, die AfD solle stattdessen politisch „wegregiert“ werden. Auch Olaf Scholz äußerte sich zurückhaltend zu einem Verbot, während Nancy Faeser (SPD) zur vorsichtigen Prüfung eines Verfahrens rät. Die politischen Diskussionen intensivisieren sich, nachdem die AfD gegen ihre Einstufung mit einer Klage beim Verwaltungsgericht Köln vorgegangen ist. Diese rechtlichen Schritte werden auch von den **Tagesschau** thematisiert.

## **Reaktionen und Perspektiven**

In der politischen Landschaft ist ein breiter Konsens für die Notwendigkeit eines Verfahrens zu erkennen, insbesondere

unter den Grünen und der Linken. Felix Banaszak (Grüne) fordert die Union zu einem gemeinsamen Vorgehen auf, während Clara Bünger (Linke) ebenfalls ein Verbot fordert. Auch Forderungen nach einer Streichung der staatlichen Parteienfinanzierung für die AfD werden laut, was die Diskussion weiter anheizt. Die insgesamt ansteigende Radikalisierung der AfD wird von vielen als Wegbereiter für die Initiierung eines Verbotsverfahrens angesehen.

Der Bremer Senat wird in den kommenden Tagen entscheidende Schritte unternehmen müssen, um auf die Entwicklungen zu reagieren. Während die AfD weiterhin mit rechtlichen Schritten gegen die Einstufung ankämpft, bleibt abzuwarten, wie die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern handeln werden, um der aufkommenden Bedrohung durch die Partei zu begegnen.

Für weitere Details zu diesem Thema besuchen Sie bitte die **Tagesspiegel** und die **Tagesschau**.

Details	
<b>Vorfall</b>	Sonstiges
<b>Ort</b>	Bremen, Deutschland
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.mopo.de">www.mopo.de</a></li><li>• <a href="http://www.tagesspiegel.de">www.tagesspiegel.de</a></li><li>• <a href="http://www.tagesschau.de">www.tagesschau.de</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**